

Die SPD - die altmodische Variante der Volkspartei?

Wolfgang Michal, geb. 1954 in Dachsbach/Mittelfranken, Studium der Politikwissenschaft, Deutsche Journalistenschule München, anschließend Redakteur bei der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Vorwärts“, Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften und Rundfunkanstalten, ist seit Februar 1988 Redakteur in Hamburg.

Nehmen wir Bremen: In Bremen hat die SPD die Landtagswahl vom 13. September 1987 mit knapper absoluter Mehrheit gewonnen. Doch dieses Ergebnis täuscht über die tatsächliche Situation der traditionsreichsten deutschen Partei hinweg. In Wirklichkeit hat die Bremer SPD viele tausend Stimmen verloren. Bei den Erstwählern betrug der Nichtwähleranteil 34 Prozent, bei den 21- bis 35jährigen bis zu 44 Prozent. Und Bremen ist keine Ausnahme. Auch in Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Hessen dominieren die jungen Nichtwähler.

Die Mitgliederzahlen der SPD gehen bundesweit zurück. Ende 1987 waren es nur noch 910 000. Das heißt, die SPD verliert trotz fünfjähriger Oppositionszeit weiter an Mitgliedern. In Großstädten sind die Mitgliederverluste katastrophal. Von 1980 bis 1987 verlor die Landesorganisation Bremen ein Viertel ihrer 16 500 Mitglieder. Nur noch 4 Prozent der Mitglieder sind unter 25 Jahre alt, 73 Prozent sind über 40. Nur ein gutes Viertel der Mitglieder sind Frauen. Die meisten Funktionäre arbeiten im öffentlichen Dienst.

So ist die SPD in den siebziger und achtziger Jahren - trotz Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung - zu einer bewegungsunfähigen, konservativen Partei geworden. Während das Volk sich entwickelt hat, ist die Partei stehengeblieben.

These 1:

Die SPD ist kulturell vergreist

Seit 40 Jahren wird die Bundesrepublik „amerikanisiert“; seit über 30 Jahren gibt es Fernsehen, Illustrierte, Werbung und Stars; seit 20 Jahren prägen die von der Studentenbewegung ausgelösten Liberalisierungstendenzen den sogenannten Wertewandel: Die vielzitierte deutsche Innerlichkeit ist einer lautstarken, aggressiven und individualistischen Äußerlichkeit gewichen - nur an der SPD ist der Zeitgeist der letzten Jahrzehnte so gut wie spurlos vorübergegangen. Und manchmal sieht es so aus, als sei sie auch noch stolz darauf.

Selbstgenügsam dümpelt der Parteiapparat vor sich hin. Das Aussehen der Partei ist heruntergekommen, man sieht es an den Fassaden und Büroausstattungen der Parteihäuser, an Desinteresse gegenüber den eigenen Medien, an der Langeweile der Parteitage, an der Spießhaftigkeit des Wahlkampfmaterials. Der deutsche Wimpel, die deutsche Fahne, die deutsche Krawatte — sie sind nicht totzukriegen. Fehlt eigentlich nur noch der Gartenzweig mit der roten Fahne. Die Wahlkampfsprache ist noch immer der Preußenzeit verhaftet: es wird viel marschiert, erobert und geschossen, der Tanker zeigt Flagge und die Parteisoldaten üben den Schulter schluß. Die gängige Kennzeichnung der Parteiführer gleicht der altdeutscher autoritärer Charaktere: *Zuchtmeister, Bezirksfürsten, Landesväter und Oberlehrer.*

Der Kasernenhof Jargon feiert fröhliche Urständ. Und selbst wenn die Enkel dazu übergehen, den Landsertton der Kaiserzeit durch Sportreporterfloskeln zu ersetzen, zeigt der Vergleich von Sprache und Parteirealität doch: Die SPD täuscht Bewegung nur noch vor. Man könnte dagegenhalten, das seien Äußerlichkeiten, auf die Inhalte komme es an! Wie blauäugig! Wenn aus den Debatten der Studentenbewegung etwas zu lernen war, dann doch, daß Formen und Inhalte nicht voneinander zu trennen sind, daß Formen Inhalte darstellen und Inhalte sich passende Formen suchen. Eine Partei, die sich schon rein äußerlich so weit von der Gesellschaft entfernt hat wie die SPD - und zwar unbewußt, denn sie kritisiert ja die Entwicklung der Konsumgesellschaft nicht im mindesten! -, eine solche Partei muß wohl inhaltlich abgewirtschaftet haben.

Jeder Sympathisant, jedes interessierte Neumitglied, jeder neugierige Jugendliche trifft ja zunächst auf die äußere Erscheinungsform einer Partei, und gäbe es dort nicht so viele nette Menschen - die Biederkeit des Vereinslebens würde überhaupt keine jungen Leute mehr inspirieren, geschweige denn politisieren. Was in früheren Zeiten vielleicht richtig und fortschrittlich war, kann heute reaktionär und falsch sein. Zu Kaiser Wilhelms Zeiten hatten Ortsvereinsversammlungen schon durch ihr Zustandekommen politische Qualität; sie demonstrierten den Widerstandswillen einer politischen Klasse, die gesellschaftlich isoliert, ja unterdrückt war. Heute aber ist dieselbe Versammlung nur noch Ausdruck von Behäbigkeit und Stillstand. Sowohl innerparteilich wie gesellschaftlich hat der Ortsverein seine Funktion verloren. Die unterste Parteiebene erschöpft sich in Ritualen.

Den selbstgenügsamen Parteistrukturen stehen die gesellschaftlichen Bewegungen, aber auch die kommerziellen Moden gegenüber, die nach dem Prinzip der Extrovertiertheit, des Nach-draußen-Gewandtseins funktionieren: Wer die Jugendkulturen der letzten 40 Jahre untersucht, wird feststellen, daß der durchgängige Trend der amerikanisierten westdeutschen Jugendkulturen - von den Halbstarken der fünfziger und den Beatniks der sechziger bis zu den Punks und Yuppies der achtziger Jahre - der Trend zur Ausstellung des eigenen Ichs ist. In Zeiten der Krise verstärkt sich dieser Trend, in besseren Zeiten schwächt er sich ab. Bei den Sozialdemokraten ist es genau umgekehrt.

Denn die SPD kommt aus einem Milieu, in dem sozialdemokratische Identität gerade verborgen werden mußte, wenn man der Verfolgung entgehen wollte. Lange Zeit - und seltsamerweise bis heute - integrierten sich Sozialdemokraten in die Gesellschaft, indem sie ihre Überzeugungen zurücknahmen, abschwächten und verwässerten. In der Anpassung lag ihre politische Überlebenschance. In schlechten Zeiten versteckten sie sich mehr als in guten.

Auf die achtziger Jahre übertragen heißt das: Wo der medienbewußte Jugendliche den Großkotz markiert, macht sich der Sozialdemokrat alter Schule extra klein; wo der Yuppie sich wichtig macht, macht sich der Sozialdemokrat unwichtig; wo der Schicki-Micki sich aufbläst, fällt der Sozialdemokrat in sich zusammen; wo der Punk ein Haus besetzt, verkriecht sich der arbeitslose Sozialdemokrat in seiner Sozialwohnung.

Diese defensive sozialdemokratische Grundhaltung hat ihre Tradition. Das geschlossene Milieu der frühen Arbeiterbewegung gab den einzelnen Genossen Schutz und Rückhalt, und Bebel, der Gegenkaiser, würde es den Herren der Gegenseite schon geben. Hauptsache, der Mitgliedsbeitrag wurde pünktlich bezahlt. Diese traditionelle Gefolgschaftstreue der Sozialdemokraten verhinderte, daß der einzelne initiativ wurde, sich aus der Gruppe hervortraute - und dieses passive Verhalten steckt noch heute in den Knochen der Mitglieder. Im Medienzeitalter der Einzelkämpfer aber, die uns tagtäglich vorgeführt werden - vom Krimmalkommissar bis zum Tennisprofi -, wirkt die Haltung des Abwartens, der Disziplin und des Gehorsams fatal.

Noch immer setzt die SPD den ich-schwachen, „hörigen“ Arbeiter der Preußenzeit voraus, der organisiert werden muß und seine Losungen von oben empfängt. Dabei wäre es allmählich an der Zeit, die Zusammenarbeit „mündiger“ Bürger zu fördern, die ihre Partei und die Gesellschaft aktiv beeinflussen wollen, die einen eigenen Kopf haben und für alles Begründungen verlangen; die nicht jeden taktischen Winkelzug ihrer „Oberen“ gutheißen und die die Partei von unten nach oben organisieren wollen. Die alte preußische Beamtenregel, die in der SPD weit verbreitet ist - „Das haben wir noch nie so gemacht, das haben wir schon immer so gemacht, da könnte ja jeder kommen“ -, wird die notwendige Erneuerung der SPD kein Schrittchen voranbringen.

These 2:

Die SPD hat die falsche Strategie

Alle sozialwissenschaftlichen Jugenduntersuchungen der achtziger Jahre stellten übereinstimmend fest, daß die für Jugendliche am schwierigsten zu identifizierende Partei die SPD ist. Sie wird von den auf Bilder und Verhalten fixierten Jugendlichen nicht wahrgenommen, weil sie gar nicht erkannt wird. Der SPD fehlt es an Profil.

Profil würde bedeuten, daß Sozialdemokraten augenfällig werden, daß sie unterscheidbar werden und aus der Vielzahl von Parteien hervorragen. „Aus-

drucksstarke Selbstbehauptung" war *das* soziale Orientierungsmuster, das die Jugendforscher als dominierendes Leitmotiv der achtziger Jahre erkannten. Und „ausdrucksstarke Selbstbehauptung" heißt nichts anderes als „Profil zeigen".

Profil meint Umriß, Ansehen. Aber wo keine Umrisse erkennbar sind, kann niemand angesehen werden. Wer nicht angesehen werden kann, hat auch kein Image. So schwinden im Medienzeitalter Autorität und Glaubwürdigkeit mit dem Verlust an Profil, Kontur und Gesicht. Sozialdemokraten denken mit dem Kopf, nicht mit den Augen. Augenmenschen sind „Schicki-Mickis", „Yuppies", „Kir Royais". So ekelt sich der sozialistische Realismus vor den Äußerlichkeiten der Moderne.

Sozialdemokraten müßten berücksichtigen, daß Jugendliche heute anders aufwachsen als noch vor 20, 50 oder 100 Jahren. Sie sitzen vor Fernseh- und Computerschirmen, vor Illustrierten und Werbeprospekten und glotzen sich die Augen aus dem Leib. SPD-Politiker wirken auf sie wie graue Mäuse, farblos und fad. Denn sie müssen mit den bunten Unterhaltungsangeboten der Freizeitindustrie konkurrieren. Und so merkwürdig es klingen mag - dieser Umstand hat etwas mit politischer Strategie zu tun.

1984 gab der SPD-Vorstand eine Untersuchung in Auftrag, die Planungsdaten für eine neue Mehrheitsfähigkeit der SPD liefern sollte. Diese sogenannte Sinus-Studie führte zur plötzlichen „Wende" der SPD-Führung von der „Mehrheit diesseits der Union" zur „nationalen Verantwortung" - was nicht weniger bedeutete als die „Wende" von der *möglichen* rot-grünen zur *möglichen* rot-schwarzen Koalition. Denn die Sinus-Forscher hatten herausgefunden, daß allein ein Zugewinn aus dem Randwählerbereich zwischen CDU und SPD eine neue Mehrheit für die SPD bringen könnte. Der Randwählerbereich zwischen SPD und GRÜNEN sei dafür zu klein. Die Forscher legten der SPD deshalb nahe, vor allem das aufstiegsorientierte und das technokratisch-liberale Milieu zu umwerben, in denen CDU- und SPD-Anhänger in etwa gleich stark vertreten sind. Diese beiden Milieus werden in der Sinus-Studie so beschrieben:

- Das *aufstiegsorientierte Milieu* ist mit 21 Prozent Anteil an der Wahlbevölkerung nach dem kleinbürgerlichen das größte. Zu ihm rechnen sich in erster Linie Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen und mittleren bis hohen Einkommen. Man stammt aus kleinen Verhältnissen und will im Leben etwas erreichen; dementsprechend wichtig sind Beruf, Geld und Prestige - oft sogar wichtiger als die Familie. Weiterbildung nach Feierabend, Sprachkurse, Umschulungen sind die Regel. Trotz Ehe- und Familienkrisen wird die Fassade harmonischen Zusammenlebens aufrechterhalten. Familienplanung, hoher Lebensstandard und Konsum sind wichtig. Man ist stolz auf das, was man aus eigener Kraft erarbeitet hat. Ansichten wie: Jeder ist zum Erfolg geboren und Erfolg ist eine Sache der Planung sind weit verbreitet. Das Denken ist konventionell, aber nicht konservativ, eher auf Effektivität hin aus-

gerichtet. Wer nicht unangenehm auffällt, hat Erfolg. Wer tut, was von einem verlangt wird, kommt vorwärts. Da meistens beide Ehepartner berufstätig sind, ist partnerschaftliche Rollenteilung die Regel. In diesem Milieu sympathisieren jeweils 40 Prozent mit der SPD und der CDU/CSU.

- Im *technokratisch-liberalen Milieu*, das 11 Prozent der Wahlbevölkerung umfaßt, überwiegen höhere Angestellte, Beamte und Freiberufler mit meist hohen Einkommen. Männer wie Frauen dieses Milieus streben nach Karriere, sozialem Prestige und Selbstverwirklichung. Der Lebensstandard ist gehoben, der Konsumstil trendorientiert, die Wohnungseinrichtung teuer und die Hobbies sind exklusiv. Auf Selbstdarstellung wird geachtet. Im Familienleben ist man tolerant und up to date, in den Ansichten ebenso. Worauf es ankommt ist: ein möglichst komfortables, unproblematisches Leben zu führen. Die von Zeit zu Zeit aufkommenden Aussteigergedanken werden schnell wieder verworfen oder im Urlaub kompensiert. Die Einstellungen sind durch Sachlichkeit, Vernunft und Fortschrittsdenken geprägt. Hinsichtlich der Zukunft ist man im Grunde optimistisch. Man problematisiert die Dinge so wenig wie möglich und ist der Ansicht, irgendwie könne man sich schon immer arrangieren. Man hat wenig Ängste, auch keine übertriebenen Hoffnungen. Alles soll so bleiben, wie es ist, allenfalls ein bißchen schöner und größer werden. In diesem Milieu gibt es 39 Prozent SPD-Anhänger und 36 Prozent CDU/CSU-Anhänger.

Die beiden Milieus dagegen, in denen SPD und GRÜNE annähernd gleich stark vertreten sind, das hedonistische und das alternative Milieu, ließ die SPD links liegen. Diese Milieus werden in der Sinus-Studie so beschrieben:

- Das *hedonistische Milieu* umfaßt acht Prozent der Wahlbevölkerung, und hier sind vor allem Jüngere vertreten: Schüler, Auszubildende, Arbeitslose, ungelernte Arbeiter, ausführende Angestellte. Die Einkommen sind niedrig bis durchschnittlich. Arbeit und Arbeitswelt stehen nicht im Zentrum des Lebens, bürgerliche Karrieren werden abgelehnt, das Leben findet in der Freizeit und nach Feierabend statt. Man hat viele Kontakte, pflegt Freundschaften und diskutiert mit Gleichgesinnten. Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung sind die zentralen Lebensziele, große Pläne werden zwar immer wieder gemacht, aber schnell verworfen, wenn es an die Durchführung geht. Man wehrt sich gegen alle Zwänge durch Elternhaus, Beruf und Konventionen. Das Outfit ist besonders wichtig, Kreativität und Originalität sind gefragt. Die hedonistische Lebenseinstellung heißt: Streben nach Genuß, Wunsch nach Abwechslung, Zerstreuung und intensivem Leben. „Spießler“ werden abgelehnt. Spontaner Protest ist möglich. In diesem Milieu sympathisieren 42 Prozent mit der SPD, 17 Prozent mit der CDU/CSU und 27 Prozent mit den GRÜNEN.

- Zuletzt das *alternativ flinke Milieu*, dessen Anteil an der Wahlbevölkerung 4 Prozent umfaßt. Hier finden sich - wie im hedonistischen Milieu - besonders viele junge Menschen, Schüler, Studenten, Arbeitslose, Freiberufler. Das Einkommen kann sehr niedrig, aber auch sehr hoch sein. Man sympathisiert

mit den neuen Sozialen Bewegungen und engagiert sich in Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Parteien. Manche leben in Selbsthilfeprojekten auf dem Lande, andere in akademischen Schonräumen, und nicht selten werden gesellschaftliche Zwänge im Berufsleben mit politischer oder künstlerischer Arbeit kompensiert. Der Lebensstil ist einfach, natürlich und umweltbewußt. In diesem Milieu hat die SPD 46 Prozent Anhänger, die CDU/CSU 13 Prozent, die GRÜNEN 32 Prozent.

Das heißt, seit 1984 verfolgte die SPD eine Strategie der Ausgrenzung der jungen Milieus bei gleichzeitiger Anpassung an die älteren, eher opportunistischen Milieus der Mitte. Sie verstärkte damit ihre bereits existierende Profillosigkeit, anstatt sie abzubauen. So komisch es klingt: Ausgerechnet mit den Anpassern der Mitte wollte die SPD die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft zurückgewinnen. Das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987 war die Quittung. Die Ausgrenzung der jungen Milieus, die durch ihre expressive Ausdruckskraft weit mehr bewegen als ihnen an zahlenmäßiger Stärke zukommt, hat der SPD also mehr geschadet als genutzt. Die Anpasser wählten die Parteien mit den besseren Siegchancen, die Jüngeren wählten grün, weil sie eine Opposition wollten, die ihren Namen verdient. Die SPD sah ziemlich alt aus. Heute ist sie sowohl ihrer Wähler- wie ihrer Mitgliederstruktur nach eine tendenziell vergreisende Partei: 30 Prozent der Wahlberechtigten sind unter 35, aber nur 20 Prozent der SPD-Mitglieder, in Großstädten wie Hamburg und Bremen sind es gar nur noch 15 Prozent.

These 3:

Die SPD verdrängt die Ursachen ihrer Wahlniederlagen

Am Anfang ihrer Regierungszeit stand der noch ungetrübte Glaube der SPD, mit staatlicher Reformpolitik die Wirtschaft des Landes steuern und die Gesellschaft modernisieren zu können. Das Wort Staat hatte 1969 noch einen guten Klang - bei den Ehmkes, Schillers und Schmidts wie bei den Jungsozialisten. Gegen die damals anstehende Volkszählung gab es keine Proteste. Denn die sozialdemokratische Reformpolitik der frühen siebziger Jahre stärkte nicht nur den Zentralstaat, sie stärkte auch den neuen selbstbewußten Bürgertypus, der in Willy Brandts Regierungserklärungen *und* in den neugegründeten Bürgerinitiativen zum Ausdruck kam. Das heißt: Brandts und Heinemanns „neuer Stil“ *unterstützte* den allgemeinen gesellschaftlichen Trend der Liberalisierung. Helmut Schmidts Regierungspolitik der starken Hand dagegen stellte den Staat mehr und mehr gegen die Interessen mündiger Bürger.

Die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre sollte durch eine forcierte Industrialisierung überwunden werden und der Ausbau der Atomindustrie war das charakteristische Kennzeichen dieser Politik. Die Kosten der forcierten Industrialisierung sollte der Staat übernehmen, also die Kosten für Subventionen, Steuerverzicht, Umweltschäden, Arbeitslose und Kranke. Das führte zu der absurden etatistischen Vorstellung, der Grad der Sozialstaatsausgaben zeige

den Grad der Verwirklichung des Sozialismus an. Denn quantitativ war die Regierung Schmidt durchaus erfolgreich. Die Staatsquote am Bruttosozialprodukt stieg von 29 auf 34 Prozent. Qualitativ aber war sie eine Katastrophe.

Der liberale Rechtsstaat verwandelte sich in den intoleranten Sicherheitsstaat, die nationalen Interessen im Sinne der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie überlagerten zunehmend die sozialen und liberalen Interessen der einzelnen Bürger. Was ursprünglich als Staatsintervention gegen die Auswüchse des Kapitalismus gedacht war, entwickelte sich unter der Hand zur Staatsintervention im Interesse des Kapitalismus. Widerstand gegen die brachiale Industrialisierungspolitik der Regierung wurde im Keim erstickt. Bürgerinitiativen wurden behindert und kriminalisiert, die SPD-Linke wurde zur Geschlossenheit verdammt, den Jusos wurde der Mund verboten, die wenigen SPD-Ökologen wurden kaltgestellt und der Bonner Parteiapparat stand „Gewehr bei Fuß“ - bis das Maß voll war und die GRÜNEN als eigene Partei links neben der SPD entstanden. Nicht etwa, weil eine neue bürgerlich-idealistische Wandervogel-Mentalität aus dem politischen Nichts auftauchte, sondern weil der materielle Widerspruch zwischen der winzigen Fläche der Bundesrepublik und den massiven Industriefolgen der Weltexportmacht Nr. 1 unerträglich wurde. Die Exportproduktion schwoll zwar an, aber die Abfälle, Abwässer und Abgase verseuchten die Republik. Diesen außerordentlichen Vorgang, daß junge Leute sich zusammentun - die GRÜNEN waren ja anfangs nahezu ausnahmslos unter 35 -, um aus Protest gegen die sozialdemokratische Regierung eine neue Partei zu gründen, hat die SPD bis heute nicht genügend begriffen. Sie konnte die Schuld ja auf den „Schurken“ Hans-Dietrich Genscher schieben und „Verrat in Bonn“ rufen, ohne ihren eigenen Zustand erörtern zu müssen. Übergangslos forderte die SPD-Führung 1982/83 „Durchstarten!“ und „Kontinuität“ - was ihr bis heute als Leistung, nicht etwa als Verdrängungsleistung ausgelegt wird.

Doch selbst in der Opposition fand die SPD kein normales Verhältnis zum Wählerpotential der GRÜNEN - entweder die Grün-Wähler wurden als Müslifresser verketzert oder sie wurden schlicht und einfach ignoriert. Selbst der steigende Nichtwähleranteil schien der SPD keine Sorgen zu machen. Die Partei dachte nicht daran, ihr prekäres Verhältnis zum Staat und zu den Bürgern einer selbstkritischen Prüfung zu unterziehen und auf eine neue—bürger-nähere und staatsfernere - Grundlage zu stellen. Frischwärts strebte die SPD zur absoluten Mehrheit.

These 4:

Die SPD hat keine moderne Gesellschaftspolitik

Die SPD hat sich in den letzten Jahren ihrer Regierungszeit, aber auch in der Opposition der achtziger Jahre, zu sehr um nationale Interessen - Stichwort „Nebenaußenpolitik“ - gekümmert, und zu wenig um Bürgerinteressen. Sie hat deshalb nicht wahrgenommen, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse - vor allem für junge Menschen - grundlegend gewandelt haben. Wissen-

schaftler wie Ulrich Beck nennen diesen Gesellschaftswandel „Individualisierung“.

Individualisierung meint, daß die Menschen aus den Sozialbindungen der industriellen Gesellschaft - Klasse, Familie, Geschlechterrollen - allmählich herausfallen und eine „Single“-Gesellschaft bilden. Dies bedeute für die einzelnen mehr Freiheit, aber auch mehr Einsamkeit. In Großstädten leben heute schon 40 Prozent der Wohnbevölkerung in Ein-Personen-Haushalten. Aber die Ein-Personen-Haushalte machen das ganze Ausmaß dieser Vereinzelung nicht genügend deutlich. Das Gesellschaftsgefüge ist insgesamt ins Rutschen geraten.

Die Notwendigkeit beruflicher Beweglichkeit und die durch die Gleichstellung der Frauen erfolgte Erwerbstätigkeit beider Ehepartner führten zu einem ständigen „Kommen und Gehen“ in Beruf und Familie. Die arbeitsbedingten Ortswechsel, die unterschiedlichen Arbeitszeiten und die durch höhere Bildung und längere Ausbildungszeiten entstandenen unterschiedlichen Ansprüche an Liebe und Leben erzwingen so eine verstärkte Familienplanung, die immer wieder durchkreuzt wird: Wer zieht wem an den Arbeitsplatz nach? Wer verzichtet auf seinen Arbeitsplatz? Wessen Karriere geht vor? Wer besorgt den Haushalt, wer putzt, wäscht, kocht, kauft ein? Wer versorgt die Kinder? Zu welchem Zeitpunkt der „Beziehung“ sind Kinder erwünscht? Wer hat wann Lust und Zeit für die Liebe? Wer bestimmt Urlaubszeit und Urlaubsort? Und so weiter und so fort.

Diesen Zwang zur ständigen Planung halten auf die Dauer die stärksten Gefühle nicht aus. Und so führt die „Durchsetzung“ der Industriegesellschaft zu immer häufigeren privaten Konflikten, die „privat“ gelöst werden müssen. Die Lösungen heißen: Scheidung, kinderlose Partnerschaft, Ehe ohne Trauschein, Ehe mit Gütertrennungsvertrag, doppelte Haushaltsführung, alleinerziehende Väter und Mütter, Familientherapie, Ehe- oder Einzeltherapie.

Die Auflösung der traditionellen Familie hängt eng mit der Auflösung des traditionellen Berufs zusammen. War es noch in den sechziger Jahren normal, einen sicheren Arbeitsplatz auf Lebenszeit zu haben (und ein Einkommen, das die ganze Familie ernährte), so gilt im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit der achtziger Jahre das Gegenteil: der Arbeitsplatz ist unsicher und „vorübergehend“, der Beruf wird zum Job, und der Job ernährt bestenfalls den Jobber.

Zwischen 1974 und 1983 waren 12,5 Millionen Bundesbürger, jeder dritte Erwerbstätige also, bereits mindestens einmal arbeitslos. Vollzeitarbeitsplätze, Stammebelegschaften werden Zug um Zug abgebaut. Teilzeitarbeit, Job-Sharing, geringfügige Beschäftigung, Aushüfsjobs, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, „freie“ Mitarbeit nehmen rapide zu. Entsprechend sinken Bezahlung und soziale Sicherheit; entsprechend steigt die Krisenanfälligkeit des einzelnen, die Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt. Nicht der Arbeitsuchende wählt seinen Arbeitsplatz, der Arbeitsplatz wählt sich die Individuen aus. Der einzelne muß bereit sein, „Haus, Hof und Familie“ zu verlassen.

Die Massenarbeitslosigkeit der siebziger und achtziger Jahre hat schließlich auch die sozialdemokratische Bildungsreform pervertiert. In den Vorzimmern werden die Jobs auf Grund der großen Anzahl qualifizierter Bewerber nach ausbildungsfremden Kriterien vergeben: nach Alter, Geschlecht, Gesundheit, Aussehen, Nationalität, Auftreten, Gesinnung, Beziehungen.

So sind die Individuen in allen gesellschaftlichen Bereichen - in Ausbildung, Beruf und Familie - auf sich selbst zurückgeworfen, müssen sich behaupten und die Wechselfälle des Lebens ohne Hilfe verarbeiten. Das eigene Ich gerät dadurch zwangsläufig ins Blickfeld und wird nach und nach zum Mittelpunkt. Um in der modernen Gesellschaft der permanenten Prüfungen, Tests und Probezeiten überleben zu können, wird ein ich-zentriertes Weltbild aufgebaut, in dem Selbstverwirklichung, Suche nach der eigenen Identität und Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten ganz oben stehen. Immerzu wird das Ego befragt: „Bin ich wirklich glücklich? Habe ich alles richtig gemacht? Wird meine Leistung auch anerkannt? Bin ich betrogen worden?“ Diese pausenlose Selbstverunsicherung und Selbstvergewisserung spiegelt sich in der Grundanforderung der achtziger Jahre: Immer in Bewegung bleiben! Ob im Tempodrom oder im Outfit, ob in den Beziehungen oder in den Ansichten. Nicht Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind die Grundwerte moderner Menschen, sondern rastlose Mobilität, Flexibilität, Labilität.

Wer diese individualisierten jüngeren Bürger sozial einbinden, vielleicht sogar als Mitglieder gewinnen will, muß eine neue Gesellschaftspolitik auf der Basis der Individualisierung formulieren, also eine neue Innen-, Bildungs-, Rechts-, Familien-, Forschungs- und Städtebaupolitik, die vom Status quo der achtziger Jahre ausgeht und nicht von den Vorstellungen der Nachkriegs-SPD. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Nicht Anpassung an die Individualisierung soll Ziel einer neuen sozialdemokratischen Politik sein, sondern Veränderung des Status quo mit dem *Ausgangspunkt* Individualisierung und dem *Zielpunkt* einer neuen Solidarität. Viele Jüngere haben ein Interesse daran, zu definieren, was heute, in den späten achtziger Jahren, „links sein“ bedeuten könnte - aber sie treffen nur auf Theoriescherben aus den sechziger Jahren - und auf Oskar Lafontaine. Ob das ausreicht, kann man bezweifeln.

These 5:

Die Erneuerung der SPD hat bislang nicht stattgefunden

Weder programmatisch noch organisatorisch noch personell ist die SPD in den Jahren ihrer Opposition ein entscheidendes Stück vorangekommen. Der Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl am 20. März 1988 hat dies erneut bewiesen. Der Irseer Programmentwurf ist im Grunde ein Dokument der Ratlosigkeit geblieben. Durch das gesamte Papier zieht sich als blaßroter Faden ein entscheidender Widerspruch: einerseits wird das alte Instrument der SPD, die Staatsintervention, erneut auf die Tagesordnung gesetzt, andererseits wird immer wieder resignierend festgestellt, daß der Nationalstaat im entwickelten Weltmarkt keine tragende Rolle mehr spielen kann.

Trotz dieser Erkenntnis wird die Ebene unterhalb des Staates, also das Potential der gesellschaftlichen Bewegungen, so stiefmütterlich behandelt, als habe es die siebziger und achtziger Jahre nicht gegeben. Das ist kein Wunder, denn in der 51köpfigen Programmkommission sitzt kein einziges Mitglied, das jünger ist als 40 Jahre. Die Programm-„Grufties“ orientieren sich an den Erfolgsrezepten früherer Zeiten. Programmatisch will die SPD zurück in die sechziger Jahre, zurück in die Schillersche Globalsteuerung, in Konzertierte Aktion und Große Koalition.

Auch der Nürnberger Beschluß, binnen zehn Jahren aus der Atomenergie auszusteigen, weist darauf hin. Denn erst, wenn SPD und CDU, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam vom Ausstieg überzeugt sind, kann der Ausstieg nach Ansicht der SPD beginnen. Offensichtlich glaubt die SPD, sie könnte ihre Ziele ohne jeden Interessenwiderstand verwirklichen. Aber was ist das für eine Opposition, die auf das Placet der Regierung hofft? Was ist das für eine Partei, die nur auf den Verschleiß der Koalition wartet, um endlich an der Macht beteiligt zu werden?

Vor allem: Was ist das für eine Basis, die sich aus all dem heraushält, anstatt Ansprüche zu stellen und die verkrustete Partei von unten nach oben zu modernisieren? Die die bürokratischen Ebenen und zahllosen Gremien der Partei, die nur dazu dienen, Entscheidungsprozesse zu verzögern, Initiativen aufzuhalten und aktive Mitglieder mit sinnlosen Ritualen zu beschäftigen, nicht endlich umgestalten im Sinne einer Perestrojka der SPD.

Wozu zum Beispiel braucht die SPD Bezirke? Wozu Ortsvereine? Wozu ein Mitglieder magazin? Wozu 200 Hauptamtliche in der Bonner Baracke? Wozu einen 40köpfigen Parteivorstand? Warum stellen die Mitglieder nicht solche einfachen Fragen? - Weil sie passiv sind. Weil sie den grundlegenden Wandel der politischen Kultur vom altdeutschen Vereinsleben zur modernen Initiativgruppe nicht nachvollziehen. Wenn ich deshalb die Umwandlung der Ortsvereine in Bürgerinitiativen vorschlage, dann nicht aus purer Lust an der Provokation, sondern in vollem Bewußtsein der Konsequenzen, die sich für eine Partei ergeben, die hebend gern alles so läßt, wie es ist.

Der dritte Komplex der Erneuerung - neben Programm und Parteiapparat - ist der heikelste, denn er betrifft das Personal. Ich meine, daß in der SPD eine denkbar ungünstige Rollenverteilung zwischen Führung, Enkeln und Jusos existiert. Die Führung der großen Oppositionspartei besteht aus Regierenden oder ehemals Regierenden. Johannes Rau und Oskar Lafontaine sind Ministerpräsidenten in hoch verschuldeten Bundesländern. Sie können froh sein, wenn sie den Staatsbankrott ihrer „Armenhäuser“ abwenden können. Auf den guten Draht nach Bonn sind sie angewiesen. Johannes Rau sieht sich als versöhnlicher Landesvater, der Norbert Blüm als linken Herausforderer empfinden muß; Oskar Lafontaine hat alle Hände voll zu tun, sich innerparteilich als Mitte-Mann zu rehabilitieren. Anke Fuchs freut sich schon für die SPD, wenn die CDU öffentlich ihre Strategie diskutiert.

Bleiben die Enkel, die in den Bundesländern in Opposition stehen. Ich behaupte, nichts hat der SPD Anfang der achtziger Jahre mehr geschadet als das dauernde Enkel-Gerede. Frauen und Männer, die auf die 50 zugehen, werden als smarte Twens und adrette Aufsteiger beschrieben, „die rote Heidi“ und der „jungenhafte Gerd“ dürfen in keinem deutschen Nachrichtenmagazin fehlen. Insgesamt verstärkt sich der Eindruck: Die Enkel sind zu nett, zu lieb und zu brav. Heimatlos stehen sie zwischen ihrer alten Traditions-partei und den neuen Wählerschichten und versäumen die identitätsstiftenden Richtungsentscheidungen. Statt eine gemeinsame Strategie zu verfolgen - wie Geißler, Blüm, Fmk und Süsmuth in der CDU -, pendeln sie als Vermittler zwischen den Kulturen und wollen es allen recht machen. Sie lieben das gute Leben und sonnen sich in den Scheinwerfern der Talk-shows.

Fatal daran ist, daß sich die Enkel noch immer als Nachwuchs der SPD empfinden und den wirklichen Nachwuchs nicht zum Zug kommen lassen. Kein Juso-Bundesvorsitzender seit Gerhard Schröder ist in den letzten zehn Jahren über die innerparteiliche Zurkenntnisnahme hinausgekommen. Weder Willi Piecyk noch Rudolf Härtung, weder Ulf Skirke noch Michael Guggemos konnten sich profilieren. In der Bundestagsfraktion ist kein Mitglied unter 35.

Vor einem Jahr schrieb der junge Sozialwissenschaftler Hans-Jürgen Lange im „Vorwärts“: „Die Ochsentour durch die Partei ist lang, oft jahrzehntelang. Die Generation der Vierzigjährigen gilt in der Regel als Enkel-Generation, die der Fünfzigjährigen als eigentliches Nachwuchspotential für Führungsaufgaben. Parteiintern reif für die Welt der Erwachsenen, gehen die Gleichaltrigen draußen im Lande gerade in die Frührente. Es hat den Eindruck, als wären die Dreißigjährigen der Partei schon beinahe suspekt.“ Diese Dreißigjährigen müssen jetzt ihre Ansprüche formulieren.

Denn es wird Zeit, daß die Jusos wieder offensiv in die Debatten eingreifen, daß sie aus ihrer zum Teil selbstverschuldeten Isolierung herausfinden und wieder dort beginnen, wo Politik normalerweise anfängt: bei der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Status quo. Nur auf dieser Grundlage kann „die Gesellschaft der Zukunft“ gestaltet werden. Oder soll Oskar alles alleine machen?